



Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss f. Wirtschaft, Beschäftig.,
Digitalis., Gesundheit -

Tagesordnung I Punkt 2.3 der öffentlichen Sitzung am 11. November 2025

Vorlagen-Nr. 25-F-22-0101

Trinkwasserverunreinigung

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 05.11.2025 -

Am Freitag, 31. Oktober, wurde für das gesamte Wiesbadener Stadtgebiet - mit Ausnahme von AKK - ein Abkochgebot für Trinkwasser ausgesprochen. Hintergrund war der Nachweis von Keimen im Trinkwassernetz. Die Maßnahme war aus gesundheitlicher Vorsorge notwendig und richtig.

Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger berichteten jedoch, dass die Information über das Abkochgebot unzureichend und teilweise verspätet verbreitet wurde. Besonders ältere oder nicht digital vernetzte Menschen erfuhren erst spät von der Warnung. Auch über Warn-Apps (z. B. Katwarn) erfolgte die Mitteilung Berichten zufolge erst mehrere Stunden nach der Erstveröffentlichung auf den städtischen Social-Media-Kanälen.

Hinzu kam, dass die Stadt auf eine Internetseite verlinkte, deren URL das Wort „Krisenfall“ enthielt, während auf der Seite selbst die erste Aussage lautete, es handele sich nicht um einen Krisenfall. Diese widersprüchliche Kommunikation trug zusätzlich zur Verunsicherung bei.

Der Ausschuss für Wirtschaft, Beschäftigung, Digitalisierung und Gesundheit möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. warum der Keim (Enterokokken) nicht von Anfang an kommuniziert wurde.
2. was über die Ursache der Verunreinigung bisher bekannt ist.
3. ob geprüft wurde, ob das Abkochgebot räumlich enger gefasst werden können.
4. wann genau die Warn-Apps aktiviert wurden und weshalb diese offenbar erst mehrere Stunden nach der Veröffentlichung auf Social Media ausgelöst wurden.
5. warum auf eine Webseite verlinkt wurde, deren Adresse auf einen „Krisenfall“ hinwies, obwohl dort zugleich erklärt wurde, es handele sich nicht um einen solchen Fall
6. wie insbesondere ältere Menschen, Personen ohne Internetzugang oder Menschen mit Sprachbarrieren in solchen Situationen schnellstmöglich erreicht werden.
7. welche konkreten Verbesserungsmaßnahmen geplant sind, um bei künftigen Ereignissen schneller, klarer und umfassender zu informieren.

Beschluss Nr. 0105

1. Die mündlichen Ausführungen von Frau Stadträtin Löbcke, Herrn Prof. Dr. med. Gracien, Herrn Riehl (beide Gesundheitsamt), Herrn Neubauer (ESWE Versorgung) und Herrn Dr. Huschens (Hessenwasser) werden zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herr Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .11.2025

Lucas Schwalbach
stellv. Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .11.2025

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Dr. Gerhard Obermayr
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .11.2025

Dezernat I und Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Gert-Uwe Mende
Oberbürgermeister